

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft (21. Ausschuß)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Doris Odendahl,
Anni Brandt-Elsweier, Hans Gottfried Bernrath, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion der SPD**

— Drucksache 12/4254 —

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil,
Ursula Männle, Claudia Nolte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der
CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Dr. Gisela Babel,
Norbert Eimer (Fürth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.**

— Drucksachen 12/2001, 12/3491 —

Studierende mit Kindern

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller müssen studierenden Eltern vor allem mehr Plätze zur Betreuung ihrer Kinder angeboten werden.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, in diesem Sinne mit den Ländern im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) zu verhandeln und dem Deutschen Bundestag im Herbst 1993 über das Ergebnis der Beratungen in der BLK zu berichten.

Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Eine Entschließung der Koalitionsfraktionen im Ausschuß (Nummer 2 der Beschlußempfehlung) wurde angenommen.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag — Drucksache 12/4254 — abzulehnen;
2. folgende Entschließung anzunehmen:

- „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- zusammen mit den Ländern im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) und der Jugendministerkonferenz ein Konzept mit Zielvorgaben hinsichtlich der Verbesserung von Quantität und Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen unter Einbeziehung des Hochschulbauförderungsgesetzes zu entwickeln,
 - bei den Beratungen über die Umsetzung des neuen Programms zur Förderung von Studentenwohnraumbau in den neuen Bundesländern für die Auswahl von Projekten zum Bau familienfreundlicher Wohnungen einzutreten,
 - darauf hinzuwirken, daß bei Entscheidungen über die Struktur des Studiums die persönlichen Lebensumstände des einzelnen (Geburt und Erziehung eines Kindes) in der Weise berücksichtigt werden, daß flexible Unterbrechungs- und Rückkehrmöglichkeiten durch entsprechende Gestaltung der Prüfungs- und Studienordnungen geschaffen werden,
 - den Erfahrungsaustausch zwischen Studierenden mit Kindern, Elterninitiativen, Studentenwerken, Landesjugendämtern und Jugendämtern der Universitätsstädte zu fördern.“

Bonn, den 22. September 1993

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Eckart Kuhlwein
Vorsitzender

Maria Eichhorn
Berichterstatte(r)innen

Doris Odendahl

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink

Bericht der Abgeordneten Maria Eichhorn, Doris Odendahl und Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink

Die Vorlage — Drucksache 12/4254 — wurde dem Deutschen Bundestag am 3. Februar 1993 zugeleitet. Sie wurde in der 137. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. Februar 1993 an den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur federführenden sowie an den Ausschuß für Frauen und Jugend zur mitberatenden Behandlung überwiesen.

Der Ausschuß für Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 22. September 1993 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste — die Ablehnung des Entschließungsantrages auf Drucksache 12/4254 beschlossen und eine Stellungnahme abgegeben, die in Nummer 2 der Beschlußempfehlung berücksichtigt wurde.

Der federführende Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat die Vorlage zunächst in seiner 49. Sitzung am 21. April 1993 beraten. In seiner 53. Sitzung am 16. Juni 1993 führte er eine nichtöffentliche Anhörung von vier Sachverständigen (Expertengespräch) durch, die einen intensiven Ausbau von dringend benötigten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder studierender Eltern forderten. Im Rahmen der Hochschulbauförderung müßten mehr Mittel für Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft beriet die Vorlage abschließend in seiner 56. Sitzung am 22. September 1993 und empfahl dem Deutschen

Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — Ablehnung der Vorlage auf Drucksache 12/4254 sowie die Annahme einer Entschließung der Koalitionsfraktionen.

Die Fraktion der SPD wies auf die gemeinsame Einigkeit von Koalition und Opposition in der Einschätzung der Gesamtsituation hin. Die von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Entschließung habe aber folgende Besonderheiten:

- Die finanzwirksamen Punkte seien „ausgesperrt“ worden.
- Das BMBW sei aufgefordert worden, dort zu handeln, wo es nichts kosten könne.

Die Fraktion der CDU/CSU wies insbesondere auf die Einbeziehung des Hochschulbauförderungsgesetzes sowie auf die Umsetzung des Programms zur Förderung von Studentenwohnraumbau in den neuen Bundesländern — siehe o. a. Entschließung der Koalitionsfraktionen — hin.

Die Fraktion der F.D.P. erklärte, die Entschließung der Koalitionsfraktionen sei ein Signal für weitere Impulse.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft bittet den Deutschen Bundestag, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Bonn, den 22. September 1993

Maria Eichhorn

Doris Odendahl

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink

Berichterstatterinnen